

Staatsfixierung oder „Stärkung der eigenen Kraft“?

Überlegungen zum aktuellen Verhältnis Staat —
Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Prof. Dr. Josef Esser, geboren 1943 in Aachen, bis 1966 Industriekaufmann, studierte nach dem Abitur (zweiter Bildungsweg) ab 1967 Politikwissenschaft in Berlin und Konstanz; von 1974 bis März 1981 wiss. Assistent am Fachbereich Politische Wissenschaft der Universität Konstanz; seit April 1981 Professor für Planungs- und Staatstheorie an der Universität Frankfurt a. M.

Die bereits traditionelle Staatsfixiertheit der deutschen Gewerkschaften ist inzwischen ein Gemeinplatz der Gewerkschaftsdiskussion geworden¹ — und ihre historischen Ursachen und Entwicklungslinien sollen hier nicht erneut aufgezeigt werden. Aber gerade weil sie über Jahrzehnte hin gesellschafts- und sozialpolitische Reformen vor allem über den Staat in Form von Gesetzen und Verordnungen oder sonstigen Maßnahmen zu realisieren versuchten² und sich zusätzlich im Verlauf der bundesrepublikanischen Geschichte das Vertrauen in die unbeschränkten Möglichkeiten staatlicher Wirtschaftspolitik noch steigerte, trifft die deutschen Gewerkschaften die Erfahrung der letzten Jahre umso härter: denn eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung unterstützt aktiv seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise Mitte der 70er Jahre eine von den Unternehmern betriebene Rationalisierungs- und Modernisierungspolitik, die zwar die Spitzenposition der deutschen Wirtschaft auf dem kapitalistischen Weltmarkt sichern soll, zugleich jedoch für die Lohnabhängigen hohe und steigende Dauerarbeitslosigkeit, zunehmende Arbeitsintensität und vermehrte Angriffe auf ihre Reallohnposition zur Folge hat. Vergeblich forderten sie bisher von dieser ihnen „nahestehenden“ Regierung eine Gesellschaftspolitik, die Wirtschafts-, Struktur-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Sozialpolitik auf die Ziele Vollbeschäftigung und sozialadäquaten Strukturwandel hin zu koordinieren hätte. Stattdessen müssen sie eine gestiegene Dominanz der Kapitalinteressen feststellen, müssen erleben, daß bereits erreichte gesellschaftspolitische Reformen abgebaut (Mitbestimmung, Arbeitsförderungsgesetz) oder die damit verbundenen Erwartun-

1 Statt vieler: Bodo Zeuner: „Solidarität“ mit der SPD oder Solidarität der Klasse ? Zur SPD-Bindung der DGB-Gewerkschaften; in: Prokla Nr. 26/1976, S. 3-32.

2 Gerhard Leminsky: Humanisierung der Arbeit aus eigener Kraft; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1980, S. 215.

gen enttäuscht wurden (Programm zur Humanisierung der Arbeit). Und während sie erfolglos neue Ausgabenprogramme zur Arbeitsplatzbeschaffung verlangen, erklärt der Bundesfinanzminister bei der Einbringung des letzten Bundeshaushaltes, daß es heute keine selbstverständlichen Vollbeschäftigungsgarantien mehr geben könne³. All diese Erfahrungen mögen nun zwar „eine gewisse Unsicherheit über das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Staat, das im Lichte der Erfahrungen des letzten Jahrzehnts überdacht werden muß“⁴, erzeugt haben, zu einer grundsätzlichen Änderung der gewerkschaftlichen Staatseinschätzung haben sie bisher jedoch nicht geführt.

Verstärkte Zusammenarbeit von Staat, Unternehmern und Gewerkschaften seit der ökonomischen Krise

Die traditionell vorhandene „konfliktorische“ Kooperation mit Unternehmern und Staat hat sich seit der ökonomischen Krise 1974/75 noch verstärkt und alle drei Akteure definieren hinsichtlich der verschärften Weltmarktkonkurrenz als ihre *gemeinsame* Interessenlage eine offensive Anpassungspolitik zur Sicherung der internationalen Konkurrenzfähigkeit - die Gewerkschaften freilich mit dem Zusatz, diese Anpassung müsse von hinreichenden sozialen Abfederungsprogrammen begleitet sein⁵:

- Quantitative und qualitative Tarifpolitik orientieren sich an den sogenannten „gesamtwirtschaftlichen Daten“ - auch dann, wenn das Tarifergebnis nur über den „kalkulierten Konflikt“ erreichbar ist. Überhaupt geht die in den letzten Jahren gestiegene Konfliktfreudigkeit eher auf das Konto der Unternehmer, die ihre in der Krise gestärkte Position offensiv auszunutzen versuchten. Die Gewerkschaften werden in diese Konflikte eher hineingetrieben, reagieren vorsichtig und abwartend und sind letztlich froh, einem Kompromiß zustimmen zu können, der ein wenig über dem ersten Unternehmer-Angebot liegt und ihnen insofern erlaubt, das „Gesicht zu wahren“. Dabei wird radikale Rhetorik lediglich instrumentell zur Mobilisierung von Warnstreiks, Großdemonstrationen usw. eingesetzt.

- Bei Massentlassungen, Betriebsstillegungen, Strukturkrisen (Stahl-, Werften-, Uhren-, Textil/Bekleidungs-, Automobil- und Elektro-Industrie) sind die betrieblichen oder gewerkschaftlichen Interessenvertretungen ein aktiver, zur Mitarbeit und Verantwortungsübernahme bereiter Partner. Noch schärfer formuliert: Sie treten häufig als „ideeller Branchen- oder Gesamtkapitalist“ auf. Sie warnen vor mangelnden Modernisierungs- oder Rationalisierungsmaßnahmen, nicht vollzoge-

3 Neue Zürcher Zeitung vom 25./26.1.1981, S. 11.

4 Gerhard Leminsky: Zum neuen Aktionsprogramm des DGB; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12/1979, S. 753.

5 Josef Esser: Gewerkschaften in der Krise — Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen, Habilitationsschrift, Konstanz, November 1980, unveröffentlichtes Manuskript. Einzelbelege für die folgende Zusammenfassung in dieser Arbeit.

nem Strukturwandel, zu spät oder gar nicht erfolgter Umschulung, Fortbildung, Qualifizierung, der Stabilitätsgefährdenden Nicht-Berücksichtigung sozialer Modernisierungskosten und -opfer. Sie bieten über Mitbestimmung, Investitionslenkung, Struktur- und Technologie-Räte usw. ihre Mitarbeit an, damit *rechtzeitig* modernisiert und rationalisiert wird, *rechtzeitig* Maßnahmen der sozialen Abfederung getroffen werden. Ihre Konflikte mit Staat und Unternehmern resultieren nicht aus prinzipieller Gegnerschaft, sondern aus deren mangelnder Bereitschaft, sie angemessen an den für notwendig angesehenen Maßnahmen rechtzeitig und umfassend zu beteiligen.

- Mit Modernisierung und Rationalisierung verbundener Beschäftigungsabbau wird teils aktiv unterstützt, teils passiv hingenommen und, soweit möglich, auf eindeutig definierbare soziale Gruppen abgewälzt: Alte, heimgeschickte Ausländer, Frauen, Jugendliche und sogenannte „schwarze Schafe“.

- In Bewußtsein und Verhalten unterstützen die Lohnabhängigen — freilich mehr passiv als aktiv — diese Politik. Nennenswerte innerorganisatorische Konflikte, d.h. Konflikte, die die Stabilität oder den Bestand der Organisation gefährdeten, sind bislang von seiten der Gewerkschaftsbasis nicht zu verzeichnen oder in naher Zukunft zu erwarten. Trotz erheblicher Verunsicherung über ihre eigene ökonomische Situation, trotz kollektiver Klassenahnung einer permanenten Bedrohung des erreichten materiellen Lebensstandards versuchen sie im großen und ganzen mit individuellen Anpassungsstrategien ihren eigenen Arbeitsplatz und ihren eigenen Lebensstandard zu sichern. Ihr Verhältnis zu den von der Krise konkret Betroffenen schwankt zwischen nationalistischer Borniertheit („die Ausländer müssen zuerst raus“), individueller Schuldzuweisung, Resignation und Angst, ebenfalls ein solches Schicksal erleiden zu müssen. Solidarität äußert sich in der Praxis höchst selten und wenn, dann punktuell in Teilbelegschaften oder Einzelbetrieben. Betriebs- oder branchenübergreifende Gegenwehr kommt praktisch nicht vor, mehr noch: ist für die Betroffenen kaum vorstellbar. Unter den Bedingungen verschärfter Weltmarktkonkurrenz und den damit einhergehenden unternehmerischen Anpassungsstrategien ist Sicherung der verbleibenden Arbeitsplätze und des erreichten Lebensstandards für die Noch-Beschäftigten zum dominanten ökonomischen Interesse geworden.

- Aus Mangel an vorstellbaren gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Alternativen verdichtet sich so die in den 50er und 60er Jahren entwickelte positive Kooperationserfahrung zum unentrinnbaren, alternativlosen, von der naturgesetzlich wirkenden Weltmarktkonkurrenz aufgeherrschten Kooperationszwang.

- Grundsätzliche Interessenidentität und Kooperationszwang zwischen Unternehmern und Gewerkschaften bedeuten freilich nicht die totale Abwesenheit von Interessendifferenzen im einzelnen und daraus folgenden Konflikten. Obwohl die

Unternehmer eine von den Gewerkschaften mitgetragene friktionslose Anpassungsstrategie und die damit im internationalen Konkurrenzkampf zusätzlich verbundenen Vorteile zu schätzen wissen, beharren sie doch auf ihrer alleinigen Dispositionsgewalt bei Formulierung und Durchsetzung dieser Strategien. Die Gewerkschaften demgegenüber kämpfen für eine paritätische Einflußnahme auf Formulierung und Durchsetzung dieser Strategien sowie eine antizipative Steuerung der damit verbundenen negativen sozialen Folgen. Über die im einzelnen mit diesen Interessendifferenzen verbundenen Konflikte jedoch dominiert das gemeinsame Interesse an der Sicherung der Spitzenposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt, so daß diese Konflikte bisher immer in ihrer Austragungsform und ihrem inhaltlichen Ergebnis das gemeinsame Ziel nicht gefährdeten. Der gefundene Kompromiß sieht praktisch immer so aus, daß die Unternehmer den Status quo eigener Dispositionsgewalt verteidigen, dafür aber die Anpassungsstrategien mit „sanfter“ Abfederung der sozialen Folgen verbinden. Und bezogen auf den internationalen Vergleich bietet diese Strategie sicherlich gewichtige Vorzüge: sachlich werden die Anpassungsmöglichkeiten besser ausgelotet; zeitlich werden Anpassungszwänge schneller erkannt und umgesetzt, und sozial schließlich fallen Anpassungsfolgen sanfter aus und werden dadurch leichter akzeptiert⁶.

- Besonders deutlich läßt sich diese auf konfliktorische Kooperation, innovationsfördernden Strukturwandel und soziale Abfederung angelegte Gewerkschaftspolitik an der Begründung zur Mitarbeit am sogenannten „Technologiepolitischen Dialog“ (TPD) demonstrieren, den der Bundesforschungsminister 1979 eingerichtet hat: Zwei eng miteinander verknüpfte Problemlagen, die ein 1978 mehrmals einberufener Expertenkreis aus Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft erarbeitet hatte, führten offenbar zur Einrichtung des TPD:

1. Nur eine breite Anwendung der Elektronik sowie der Aufbau einer eigenen gegenüber USA und Japan konkurrenzfähigen Bauelemente- und Geräte-Industrie könne die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und deren Arbeitsplätze längerfristig sichern.

2. Auch wenn durch staatliche Forschungs- und Technologiepolitik sowie Eigenanstrengungen der Wirtschaft dieses Ziel technisch als realisierbar gelte, sei doch seine „soziale Akzeptanz“ durch die betroffenen Arbeitnehmer und die Gesamtbevölkerung nicht gleichermaßen gesichert. Einmal beständen bei großen Teilen der Arbeitnehmer erhebliche Ängste, daß die Einführung und Ausweitung der Mikroelektronik ihre Arbeitsplätze oder zumindest ihre Qualifikation vernichte; zum anderen erfordere die neue Technik die aktive Bereitschaft aller Betroffenen, sich auf neue Arbeitsstrukturen, Produktionsmethoden und Technologien flexibel ein-

⁶ Josef Esser/Wolfgang Fach: Gewerkschaften als Säule im „Modell Deutschland“? in: Otto Jacobi/Eberhard Schmidt/Walther Müller-Jentsch (Hg.): Moderne Zeiten - alte Rezepte, Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81, Berlin 1980, S. 51-61.

zustellen und durch veränderte Erst-, Weiter- und Fortbildung, Umschulung die erforderliche Qualifikation zu sichern. Zusätzlich müsse das gesamte Bildungssystem längerfristig den neuen technologischen Anforderungen angepaßt werden. Ebenso sollten die sozialen Akzeptanzprobleme anderer wachstumssichernder Technologien (z.B. Kernenergie, Chemie) Gegenstand dieses Dialoges werden.

Eine Begründung für die Mitarbeit formulierte der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter beim SPD-Forum „Arbeit und Technik“ 1979⁷: Demnach befürworten die DGB-Gewerkschaften technischen Fortschritt, Modernisierung der Volkswirtschaft und Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Mit dem gegen die Unternehmer gerichteten Vorbehalt freilich, daß deren inhaltliche Entwicklung nicht wie bisher allein unter der Verfügungsgewalt der Unternehmer stehen und vom Zweck der einzelwirtschaftlichen Profitmaximierung gesteuert werden dürfte. Vielmehr müsse die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer gleichgewichtig berücksichtigt, müsse technischer Fortschritt zugleich sozialer Fortschritt werden. Dieser Paritätsgedanke bestimmt auch die gewerkschaftliche Strategie: Über eine Ausweitung der Mitbestimmung im Unternehmen sollen bereits bei der Planung von Innovationen und Investitionen Arbeitnehmerinteressen zur Geltung gebracht werden; die gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung soll gleichgewichtige Berücksichtigung der Ziele: Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, Humanisierung der Arbeitswelt, Beschleunigung des qualitativen Wirtschaftswachstums und soziale Beherrschung der Produktivitätsentwicklung bei einer einzuführenden vorausschauenden Strukturpolitik gewährleisten; solange einzel- und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung nicht realisiert sind, bleibe qualitative Tarifpolitik der entscheidende Hebel für einen sozialen Gestaltungsdruck auf die technologische Entwicklung. Letztlich laufen alle diese Einzelstrategien darauf hinaus, ein Frühwarnsystem zur Erkennung negativer Folgen zu institutionalisieren und eine Sozialklausel für die Prüfung aller geplanten Investitionen, Innovationen, Forschungsprojekte hinsichtlich ihrer sozialen Verträglichkeit zwingend vorzuschreiben. Zur Durchsetzung dieser Maßnahmen sei, weil Gewerkschaften als gesellschaftliche Kraft ja im engeren politischen Raum von Regierung und Gesetzgeber nur beratend, meinungsbildend tätig werden könnten, eine Verstärkung des Dialogs mit Staat und den gesellschaftlichen Gegenkräften notwendig.

Vorherrschende Staatsauffassung der Gewerkschaften

Die hinter dieser Kooperationspolitik stehende Staatsauffassung läßt sich in drei Punkten zusammenfassen:

⁷ Heinz Oskar Vetter: Grundsatzreferat auf dem SPD-Forum „Arbeit und Technik“ am 1./2.2.1979 in Essen, 1979, unveröffentlichtes Manuskript.

1. Zur Durchsetzung der aus der Lebenslage der Lohnabhängigen resultierenden spezifischen Interessen werden die Aktivitäten des Sozialstaates höher eingeschätzt als eigene Basis-Aktivitäten bzw. betrieblicher oder branchenweiter Widerstand gegen die Unternehmer.

2. Prinzipiell wird der Staat als interessenneutrale, gemeinwohlorientierte Institution aufgefaßt. Dessen Funktionalisierung durch Kapitalinteressen, beispielsweise in der Forschungs- und Technologiepolitik⁸, ist dem stärker wirkenden Einfluß/Machtpotential der Unternehmer zuzuschreiben. Ausbau und Verstärkung gewerkschaftlicher Gegenmacht in Form von Besetzung einflußrelevanter Institutionen hinwiederum ermöglicht dann eine die Interessen von Kapital und Arbeit positiv ausgleichende vorausschauende sozialadäquate Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik.

3. Die Steuerungsfähigkeit des Staates zur Durchführung dieser sozialadäquaten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik wird als gegeben hingestellt. Grenzen/Restriktionen werden in dieser interventionsoptimistischen Variante — übrigens gemeinsames Erbe sowohl der sozialistischen II. als auch der kommunistischen III. Internationale - lediglich in dem übermäßigen Unternehmereinfluß und nicht in den Bewegungsgesetzen kapitalistischer Ökonomie sowie der Struktur- und Funktionsweise des kapitalistischen Staates selbst gesehen.

Negative Folgen der staatsfixierten Kooperationspolitik

Je länger freilich die ökonomische Krise dauert und je härter der ökonomische Anpassungsprozeß an neue Weltmarktbedingungen sich auswirkt, umso folgenreicher wirken sich für die Gewerkschaften die Kosten dieser staatsfixierten Kooperationspolitik aus: Einerseits verstärkt sie den Trend zu einer selektiven Interessenwahrnehmung durch die Gewerkschaften: Arbeitsplatzsicherheit und Reallohnsicherung kann nur noch für die im weiterhin prosperierenden sogenannten Weltmarktsektor beschäftigten Kernarbeiter gesichert werden, während die aus der Funktionslogik der weltmarktorientierten Produktion herausfallenden sozialen Gruppen/Individuen leer ausgehen. Andererseits tangiert dieser von den Gewerkschaften so sicherlich nicht gewollte Selektionsprozeß längerfristig ihre eigene Integrationsfähigkeit, Kampfstärke und organisatorische Stabilität. Denn er bedeutet auch und vor allem Spaltung der Arbeiterklasse in zwei ohnmächtige Fraktionen. Ein Teil will seine Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen, der andere hat keine Druckmittel zur Verfügung. Ist dieser Trend erst einmal weit genug fortgeschritten, wird die gewerkschaftliche Organisation nach allen Seiten hin geschwächt (amerikanische Erfahrungen liegen schon vor: Das langsame Ausbluten der Stahlarbeiter-Union). Zusätzlich verstärkt die Erwartungshaltung an den Staat noch die bereits

⁸ Norbert Trautwein: Gewerkschaften und Forschungspolitik; in: WSI-Mitteilungen 12/1978. S. 706-717. 371

erkennbare Entpolitisierung/Individualisierung der Lohnabhängigen insgesamt. Und schließlich wirkt die immer deutlicher werdende Unfähigkeit des Staates, ökonomisches Krisenmanagement sowie Vollbeschäftigungs- und aktive Strukturpolitik zu betreiben, lähmend auf die Gewerkschaften zurück. Ohnmacht und Resignation müssen sich dann desto mehr einstellen, je mehr staatliche Interessenbefriedigung ausbleibt bzw. nicht zufriedenstellt und gleichzeitig auf eigene politische Programme und Alternativlösungen sowie eigene Kampfformen verzichtet worden ist.

Die Alternative: Besinnung auf die eigene Kraft

Es verwundert nicht, daß die Kenntnis dieser negativen Folgen innerhalb der Gewerkschaften eine neue Autonomiedebatte in Gang gesetzt hat, die in der Forderung gipfelt, bei der Interessenpolitik stärker auf die eigene Kraft in der Betriebs- und Tarifpolitik zu setzen⁹. Freilich muß diese Debatte in ihrer staatstheoretischen Dimension noch erheblich vertieft werden. Das läßt sich an der zentralen Forderung Gerhard Leminskys zeigen, nämlich, „daß der Einsatz der eigenen Kraft nicht nur durch Tarifverträge erfolgt, sie muß ebenso gegen Parteien, Regierung und Rechtsprechung gewendet werden, und sie besteht in teilweise neuen Verbundsystemen, bei denen tarifliche Vereinbarungen und gesetzliche Grundlagen, staatliche Maßnahmen und betriebliche Entwicklungen, infrastrukturell-öffentliche Einrichtungen und privatwirtschaftlich-gewinnorientierte Unternehmen im Zusammenhang operieren. Entscheidend ist in jedem Fall, daß die Gewerkschaften genügend Druck mobilisieren können, um bestimmte Ziele zu erreichen, und Unternehmen, Parteien und Regierungen müssen dies wissen“¹⁰.

So richtig die Mobilisierung von Basisdruck auch ist — auch wenn intensiver diskutiert werden müßte, wie er bei einer stark individualisierten und krisenverunsicherten Basis und bei den gegebenen bürokratisch-zentralistischen Organisationsstrukturen hergestellt werden könnte -, so wird sein Zustandekommen gleichwohl nicht bewirken können, daß der kapitalistische Staat nunmehr eine arbeitnehmerorientierte Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik durchzuführen in der Lage wäre. Auch die Autonomie-Befürworter — so meine zentrale These — müssen sich noch ihres Vertrauens in die Steuerungsfähigkeit des kapitalistischen Staates entledigen. Aus der staatstheoretischen Diskussion der letzten Jahre, die entgegen allzu vorschneller und von Unkenntnis zeugender Polemik nicht nur eine abstrakte „Ableitungsdebatte“ war, sollen - notwendigerweise verkürzt - zwei Ergebnisse benannt werden, die für die gewerkschaftliche Strategie-/Staatsdebatte von erheblicher Bedeutung sind, bisher jedoch kaum in die Diskussion aufgenommen wurden:

9 Gerhard Leminsky, a.a.O., 1980; Hans-Hermann Hartwich: „Besinnung auf die eigene Stärke“. Zur Bedeutung und Theorie der kollektivrechtlichen Sozialstaatsgestaltung; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1980, S. 158-170. 10 Gerhard Leminsky, ebenda, S. 218.

1. Der kapitalische Staat ist weder eine Sache (Instrument) in der Hand einer herrschenden Klasse, noch ein gegenüber den gesellschaftlichen Klassen tendenziell autonom handelndes, mit eigener Vernunft und eigener Macht ausgestattetes Subjekt. Seine Komplexität bekommt man besser in den Griff, wenn man ihn sich als materielle (d.h. mit eigenen Institutionen/Apparaten ausgestattete) Verdichtung eines historisch-spezifischen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses vorstellt¹¹.

Entgegen interventions- oder planungsoptimistischen Annahmen ist er wegen äußerer und innerer Restriktionen zu einer längerfristigen, umfassend angelegten Steuerung von wirtschaftlichen und sozialen Prozessen nicht fähig. Wegen seiner Trennung vom kapitalistischen Produktionsprozeß und der von ihm garantierten bürgerlichen Eigentums-garantie kann er auf die der Kapitalakkumulation und -reproduktion inhärenten Widersprüche, die sich zyklisch in konjunkturellen und strukturellen Krisen zuspitzen, immer nur reagieren. Und diese Reaktion hinwiederum ist in Inhalten und Intensität durch seine informelle und finanzielle (Steuerstaat) Ressourcenknappheit begrenzt. Dabei kommt für die derzeitige historische Phase noch erschwerend hinzu, daß die Kapitalakkumulation und -reproduktion inzwischen - durch die Multinationalität des Kapitals vorangetrieben - über den Weltmarkt vermittelt wird, was die jeweilige konjunkturelle Anfälligkeit noch erhöht. Seine Struktur: Verdichtung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses begrenzt zusätzlich seine Funktionsweise von innen her. Als Konglomerat miteinander rivalisierender gesellschaftlicher Kräfte, die sich - mit unterschiedlicher ökonomischer und gesellschaftlicher Macht ausgestattet - in konkurrierenden Bürokratien festgesetzt haben, ihre Widersprüche mit unterschiedlichen Programmen austragen und jeweils — je nach Stärkeverhältnissen - einen partiellen, immer neu in Frage gestellten Kompromiß finden müssen, kann das Ergebnis der jeweiligen Politik immer nur Resultante der innerstaatlichen Widersprüche zwischen den einzelnen Ressorts und innerhalb dieser Ressorts sein¹².

Erklärt diese widersprüchliche Zusammengesetztheit des Staatsapparates und der damit eng verbundene Ressort-Partikularismus/Egoismus bereits innere „Anarchie“, Selbstblockierung und den damit verbundenen chaotischen Charakter staatlicher Interventionen¹³, so begründet sie weiter die „Funktionalität“ des strukturellen Konservativismus der staatlichen Bürokratie¹⁴. Denn die die staatliche Tätigkeit hemmende negative Koordination, Hierarchisierung, der gebrochene Informations- und Entscheidungsprozeß¹⁵ stehen „durchaus in einem Entsprechungsverhältnis zu dominanten gesellschaftlichen Interessen, denen diese büro-

11 Nicos Poulantzas: Staatstheorie, Hamburg 1978.

12 Joachim Hirsch: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals, Frankfurt/M. 1974.

13 Claus Offe: Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Frankfurt/M. 1972.

14 Hartmut Häußermann: Die Politik der Bürokratie - Einführung in die Soziologie der staatlichen Verwaltung, Frankfurt/M. 1977.

15 Fritz W. Scharpf: Politische Durchsetzbarkeit innerer Reformen, Göttingen 1974.

kratische gesellschaftliche Struktur einerseits privilegierte Zugangschancen zum Entscheidungsprozeß einräumt, sie andererseits der Sorge allzu effektiven' Regierungshandelns enthebt"¹⁶.

2. Der bürgerliche Staat ist als Organisator ideologischer Hegemonie¹⁷ ein wichtiger Produzent von, auf den Schein von Freiheit und Gleichheit beruhenden und die Gegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital verschleiern den Vorstellungen. Trotz aller von der Arbeiterbewegung erkämpfter sozialstaatlicher Errungenschaften kann die „Sozialstaatsillusion“ dazu führen, daß die Lohnabhängigen der gewerkschaftlichen Organisation und Solidarität wenig, der staatlichen Daseinsvorsorge jedoch alles zutrauen - was zu den der gewerkschaftlichen Kampfkraft abträglichen Entpolitisierungs- und Individualisierungstendenzen der Lohnabhängigen führen kann und in der Bundesrepublik auch in nennenswertem Umfang geführt hat.

Beide Argumente weisen darauf hin, daß die gewerkschaftlichen Autonomie-Bestrebungen richtig aber ergänzungsbedürftig sind: Wichtiger als die Mobilisierung sozialen Drucks auf den Staat hin wäre zunächst einmal eine „staatsunabhängigere“ Basis-Diskussion eigener Bedürfnisse und Interessen vor dem Hintergrund betrieblicher und außerbetrieblicher Alltagserfahrungen, die freilich verbunden werden müßte mit dem Ausloten der zur Verfügung stehenden strategischen Durchsetzungsmöglichkeiten und Bedingungen. Damit könnte zugleich mit der Aktivierung unterschiedlicher basisdemokratischer sozialer Netzwerke in Betrieb, Gesellschaft und Gewerkschaftsorganisation die autonome solidarische Handlungsbereitschaft der Lohnabhängigen für die Durchsetzung der eigenen Interessen verstärkt und der permanent wirkenden Ideologie der Staatsabhängigkeit (mit all ihren Illusionen und Individualisierungsprozessen) entgegengewirkt werden. Als weiterer Schritt könnte eine Verankerung und Verknüpfung dieser neu entstandenen gesellschaftlichen Netzwerke der Lohnabhängigen mit den Problemen und Bedürfnissen der Arbeitslosen sowie anderer gesellschaftlicher Problemfelder und ihrer Träger (Gesundheit, Bildung, Umwelt, Familie, Frauen u. a.) versucht und in gemeinsame gesellschaftliche und politische Strategien integriert werden. Auf diese Weise könnten die Gewerkschaften längerfristig der Kern einer Produktions- und Reproduktionsbedürfnisse umfassenden sozialen Bewegung werden¹⁸, die das gesellschaftliche Kräfteverhältnis in der Bundesrepublik entscheidend zugunsten der Lohnabhängigen verändern könnte. Damit wäre ein wichtiger Schritt getan, die (noch) alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringende und dominierende kapitalistische Akkumulationslogik zurückzudrängen und die ihr antagonistisch gegenüberstehende „Logik der Arbeit“¹⁹ entsprechend voranzutreiben. Zugleich (und erst dann)

16 Claus Offe: Editorial zu H. Häußermann, a.a.O., S. 8.

17 Antonio Gramsci: Philosophie der Praxis, Frankfurt/M. 1967.

18 Helga Grebing: Gewerkschaften in der Gesellschaft; in: Gewerkschaftliche Monatshefte 3/1980, S. 149-157.

19 Lelio Basso: Die Rolle der Legalität in der Phase des Übergangs zum Sozialismus, in: Derselbe: Gesellschaftsformation und Staatsform. 3 Aufsätze, Frankfurt/M. 1975, S. 136-186.

würde sich die Möglichkeit bieten, in die Institutionen des Staates kräfteverändernd einzudringen. Aber auch erst dann würde die Voraussetzung dafür geschaffen, innerhalb des Staatsapparates arbeitnehmerorientierte Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik zu formulieren und schrittweise durchzusetzen.

Freilich dürfte diese neue Staatsorientierung sich nicht von der sie stützenden breiten gesellschaftlichen Bewegung abkoppeln und (wie derzeit) als „Strategie von oben“, als Strategie technisch-bürokratischer Expertokratie, gleichsam anonym-bürokratisch auf die Gesellschaft zurückwirken. Um dieser Gefahr zu entgehen, müßte Entwicklung und Ausbau basisdemokratischer Netze und breiter gesellschaftlicher Bündnisse verbunden werden mit einer Demokratisierung der staatlichen Apparate, in denen diese gesellschaftliche Bewegung sich entfalten und ihre Bedürfnisse und Interessen auf Dauer sichern und befriedigen könnte.

Wie allerdings eine solche Transformation der Staatsapparate inhaltlich aussehen könnte, dazu fehlen uns derzeit alle historischen Erfahrungen. Hier rächt sich, daß praktisch alle Flügel der Arbeiterbewegung (ob sozialdemokratisch, sozialistisch oder kommunistisch) einem Etatismus verhaftet waren und überwiegend noch sind, der die innere Struktur des kapitalistischen Staates immer nur in seiner technischen Funktionsweise seinen eigenen (sozialistischen) Zwecken nutzbar machen wollte und dabei verkannte (verkennt), daß mit demokratischem Sozialismus auch eine den neuen sozialen Zielen entsprechende Transformation des Staatsapparates verbunden sein muß.